

## Resolution

# **„Die, die am wenigsten haben, sind diejenigen, die am meisten unter den Haushaltskürzungen leiden“**

*Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, von der FETE-UGT (Spanien) und der FNE (Portugal) zur Annahme vorgelegt, verabschiedet am 27. November 2012*

### **In Anbetracht folgender Tatsachen:**

1. In den Mittelmeerländern der Europäischen Union ist der Bildungssektor Sparmaßnahmen unterworfen, die noch stringenter als die von der Wirtschaftskrise an sich schon auferlegten Sparzwänge sind. Die Anforderungen an die Haushaltsdisziplin lassen den Regierungen keinerlei Spielraum dafür, die negativen Auswirkungen der Krise auf die öffentlichen Einrichtungen und insbesondere auf das Bildungswesen abzumildern. Der Bildungsbereich leidet unter den Nachwirkungen der im Bildungssektor durchgeführten Haushaltskürzungen: Einerseits sind von den Kürzungen die Familien betroffen, die mitansehen müssen, wie die Kosten für grundlegende Dienstleistungen, wie etwa Bildung, immer weiter steigen. Schüler und Studenten erhalten weniger wirtschaftliche und ausbildungsbezogene Unterstützung. Und andererseits sind Lehrkräfte gleich in zweifacher Hinsicht betroffen, nämlich als Lehrkräfte und gleichzeitig auch als Beschäftigte einer öffentlichen Grundeinrichtung.
2. Die Haushaltskürzungen, unter denen der Bildungssektor Jahr für Jahr zu leiden hat, werden aufgrund des Zerfalls der Gleichheit und des sozialen Zusammenhalts immer mehr zu einer gesellschaftlichen Realität. Bildung spielt nicht länger eine integrierende Rolle und gewährleistet den Bürgerinnen und Bürgern dieser Länder auch keine Chancengleichheit mehr, denn die Familien mit großer Kaufkraft verfügen über die erforderlichen Ressourcen, um für die „Bildungsqualität“ ihrer Kinder zu bezahlen, wohingegen der Rest der Bevölkerung mitansehen muss, wie sich die Qualität aufgrund der kontinuierlichen Angriffe, denen sie ausgesetzt ist, immer weiter verschlechtert.
3. Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten und diejenigen, die unterstützende Programme benötigen, um Ungleichheiten auszugleichen zu können, sind diejenigen, die am meisten unter den Folgen der Aussetzung dieser Art von Programmen und Unterstützungsmaßnahmen leiden. Die Kürzung der Zahl der Lehrer pro Einrichtung und die Anhebung der Zahl der Schüler pro Klasse sind Faktoren, die eine umfassendere



*Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik*

Personalisierung des Lernprozesses verhindern, wovon Schüler mit Förderbedarf ganz besonders stark betroffen sind.

4. Vom beruflichen Standpunkt her gesehen sind diese Zeiten vom Verlust beruflicher und sozialer Errungenschaften, die nach Jahren des gewerkschaftlichen Kampfes erzielt wurden, geprägt, was einen Angriff auf die von Lehrern erworbenen Ansprüche darstellt. Der Verlust der Kaufkraft und der Möglichkeit einer vorzeitigen Pensionierung im Bildungssektor sind gute Beispiele dafür.

5. Die Kürzung von für Bildung vorgesehenen Haushaltslinien hat auch ganz entscheidende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen des Lehrkörpers. Die erhöhte Stundenzahl und die Anhebung der Zahl der Schüler pro Klasse sowie auch die Verlängerung des Arbeitstages sind in Verbindung mit den Gehaltskürzungen und einer überaus aggressiven Steuerpolitik Maßnahmen der Regierungen dieser Länder, die unsere Rechte sowie auch die Qualität der Bildung massiv untergraben.

**bekräftigen die Bildungsgewerkschaften, die der Bildungsinternationalen (dem Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung) angehören,**

6. erneut die dringende Notwendigkeit, dass das Europäische Parlament Richtlinien für die einzelstaatlichen Regierungen verabschiedet wonach die Bildungsbudgets der einzelnen Länder von den Anforderungen an die Haushaltsdisziplin unberührt bleiben und die Mittel und Ressourcen bereitgestellt werden können, die für die Gewährleistung einer umfassenden Bildung für alle erforderlich sind, und dass das Europäische Parlament anerkennt, dass Investitionen in Bildung Teil der Lösungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise sind.